

Rechenschaftsbericht der SPD-Kreistagsfraktion Stormarn 2023-2025

Die SPD-Kreistagsfraktion Stormarn blickt in ihrem Rechenschaftszeitraum 2023 bis 2025 auf eine herausfordernde, aber politisch erfolgreiche Zeit zurück. Geprägt war diese von einer zunehmend angespannten Haushaltslage, die den Kreis zu strukturellen Einsparungen und Priorisierungen zwingt. Dennoch ist es der SPD gelungen, die zentralen sozialdemokratischen Leitlinien – soziale Gerechtigkeit, gleiche Bildungschancen, nachhaltige Entwicklung, starke kommunale Daseinsvorsorge und ökologische Verantwortung – zu wahren und politisch zu gestalten. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen stand die Fraktion im Kreistag verlässlich für Stabilität, die Abgrenzung gegen die AfD und soziale Gerechtigkeit.

In nahezu allen Politikfeldern hat die SPD-Fraktion ihre Handschrift deutlich gemacht: Im **sozialen Bereich** gelang es, trotz des Drucks zur Haushaltskonsolidierung die freiwilligen sozialen Leistungen weitgehend zu erhalten und zentrale Förderungen zu sichern. Dabei stand der Grundsatz im Mittelpunkt, dass soziale Einsparungen immer auch gesellschaftliche Folgekosten verursachen. Die SPD setzt sich für mehr Effizienz und Transparenz in der Verwaltung ein, um vorhandene Mittel gezielt einzusetzen. Das Gesundheitsamt wurde digitalisiert, während in der Kinder- und Jugendhilfe pragmatische Lösungen gesucht wurden, um Familien, Kinder und Jugendliche auch in Krisenzeiten verlässlich zu unterstützen.

Im **Bildungs- und Kulturbereich** konnte die SPD die größten Strukturreformen der vergangenen Jahre begleiten und entscheidend mitgestalten: Die Berufsschulen in Bad Oldesloe und Ahrensburg werden ab 2026 als eigenständige Regionale Berufsbildungszentren (RBZ) arbeiten – ein Meilenstein für die berufliche Bildung im Kreis Stormarn. Auch die Inklusionsarbeit und die Förderung kultureller Bildung wurden konsequent vorangetrieben. Projekte aus dem Kulturentwicklungsplan, der Kulturfonds Stormarn und die Programme „Kultur und Schule“ sowie „Kultur und Kita“ haben den Zusammenhalt im Kreis gestärkt, den Zugang zu Kultur verbessert und Themen wie Demokratie und Nachhaltigkeit kreativ vermittelt. Zudem wurde das mobile Kulturprojekt „KARla“ auf den Weg gebracht, das Kulturangebote direkt in ländliche Regionen bringt.

In der **Verkehrspolitik** setzte die SPD auf ein zukunftsfähiges, klimafreundliches und sozial gerechtes Mobilitätskonzept. Mit der Einführung des Bildungstickets und des Deutschlandtickets, dem Ausbau von Buslinien, On-Demand-Angeboten wie hhv hop, Anruf-Sammeltaxi und der Elektrifizierung des ÖPNV wurde die Mobilität im Kreis grundlegend verbessert. Das neue Radverkehrskonzept „Fahrradfreundliches Stormarn“ schafft die Basis für einen modernen, sicheren und nachhaltigen Radverkehr, während die SPD sich zugleich für die Sanierung der Kreisstraßen und den Ausbau von Radwegen einsetzt.

Auch im **Bereich Ordnung, Rettungsdienst und Katastrophenschutz** konnte die SPD wichtige Impulse setzen. Der neu geschaffene Ordnungsausschuss legte mit Unterstützung der SPD-Fraktion die Grundlagen für eine moderne und krisenfeste Gefahrenabwehr. Die Fortschreibung des Rettungsmittelbedarfsplans, die Planung

zusätzlicher Rettungswachen, die Modernisierung der Integrierten Regionalleitstelle Süd und die Förderung des ehrenamtlichen Engagements im Katastrophenschutz zeigen den Anspruch der SPD, Sicherheit und Verlässlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Im **Wirtschafts-, Planungs- und Baubereich** wurden die Infrastruktur und Verwaltungsgebäude des Kreises gezielt modernisiert. Der Neubau der Regionalleitstelle und die Erweiterung der Berufsschule Bad Oldesloe konnten abgeschlossen werden, neue Katastrophenschutzzentren und Rettungswachen sind in Vorbereitung. Gleichzeitig bleibt der bezahlbare Wohnraum eine der größten Herausforderungen. Mit dem Bündnis für bezahlbares Wohnen hält der Kreis unter SPD-Beteiligung an einer konstruktiven und partnerschaftlichen Strategie fest. Ein neues Innovations- und Gründerzentrum in Ahrensburg soll künftig Start-ups und junge Unternehmen fördern. Im Bereich Klimaschutz und Energie mahnen wir eine realistische, aber konsequente Planung an – mit dem Anspruch, wirtschaftliche Tragfähigkeit und ökologische Verantwortung in Einklang zu bringen.

Auch die **Umweltpolitik** stand im Zeichen sozialdemokratischer Handschrift. In den Bereichen Abfallwirtschaft, Klimaschutz und Biodiversität konnten wichtige Impulse gesetzt werden. Die Abfallgebühren wurden stabil gehalten, während die Wiedervernässung von Mooren als zentrales Klimaschutzprojekt im Kreis vorangetrieben wurde. Diese Maßnahmen leisten nicht nur einen Beitrag zur CO₂-Reduktion, sondern fördern zugleich den Erhalt der Artenvielfalt. Mit der sogenannten „Ideenkarte für Regen- und Hitzeentwicklung“ wurde zudem ein innovatives Beteiligungsinstrument geschaffen, das Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Klimaanpassung einbindet.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die SPD Stormarn hat in den Jahren 2023 bis 2025 gezeigt, dass verantwortungsvolle Politik auch unter schwierigen Bedingungen möglich ist. Sie hat zentrale Zukunftsprojekte in Bildung, Mobilität und Verwaltung angestoßen, soziale Sicherheit bewahrt und ökologische Verantwortung übernommen. Dabei hat sie stets die Lebensrealität der Menschen im Blick behalten – von der Kita bis zur Pflegeeinrichtung, von der Schule bis zum Arbeitsplatz, vom ländlichen Raum bis zu den Städten des Kreises. Die SPD bleibt damit die gestaltende, verlässliche und soziale Kraft in Stormarn, die für Fortschritt, Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit steht.

Rechenschaftsbericht Finanzausschuss

Finanzpolitischer Sprecher: René Wendland. Vertreter: Jacqueline Malchau

Weitere Mitglieder des AK Finanzen (incl. Vertreter): Friedrich-Eugen Bukow, Angela Batty, Jörn John, Torben Hermann, Felix Beyersdorff, Sigrid Kuhlwein

Der Finanzausschuss des Kreises Stormarn blickt auf eine Reihe äußerst erfolgreicher Jahresabschlüsse in den vergangenen Jahren zurück. Dank einer soliden Haushaltsführung, konsequenter Ausgabenkontrolle und einer positiven Entwicklung der Einnahmen konnte der Kreis über mehrere Jahre hinweg Schuldenfreiheit erreichen. Diese finanzielle Stabilität hat es ermöglicht, wichtige Investitionen in die Infrastruktur, Bildung und soziale Angebote zu tätigen, ohne die Belastung für die Kommunen unnötig zu erhöhen.

Aktuell steht der Finanzausschuss jedoch vor neuen Herausforderungen. Die mittelfristige Finanzplanung weist erstmals wieder prognostizierte Jahresfehlbeträge aus. Ursachen hierfür sind unter anderem steigende Kosten im Sozialbereich, höhere gesetzliche Verpflichtungen sowie gestiegene Personalausgaben. Gleichzeitig sind die Einnahmen des Kreises nicht im gleichen Maße gewachsen, sodass eine Deckung der Ausgaben zunehmend schwieriger wird.

Vor diesem Hintergrund wird im Ausschuss für das Jahr 2027 über die Notwendigkeit einer Anhebung der Kreisumlage diskutiert werden müssen. Nach Jahren der Schuldenfreiheit und stabiler Umlagesätze stellt dies eine einschneidende Maßnahme dar, die mit großer Sorgfalt und unter Berücksichtigung der Interessen der kreisangehörigen Gemeinden abgewogen werden muss. Ziel bleibt es, die Handlungsfähigkeit des Kreises zu sichern und weiterhin eine nachhaltige Finanzpolitik zu betreiben.

Der Finanzausschuss wird die Entwicklung weiterhin eng begleiten und sich dafür einsetzen, dass auch unter veränderten Rahmenbedingungen eine verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Haushaltsführung gewährleistet bleibt.

René Wendland
Finanzpolitischer Sprecher

Rechenschaftsbericht Jugendhilfeausschuss (JHA)
Jugendpolitischer Sprecher: Frank Lauterbach
Weitere Mitglieder (incl. Vertreter): Angela Batty, Jennifer Wlost, Jacqueline Malchau, Marion Meyer, Franca Boege, Frank Schmalowsky,

Zwischen Sorge und Zuversicht

Positiv anzumerken. Mit der Kinderbeauftragten Frau Hinsch haben wir eine engagierte und fachkundige Frau gewinnen können, die sich ehrenamtlich intensiv für die Belange von Kindern und Jugendlichen einsetzt. Die Durchführung der „Ausstellung Kinderrechte“ ist nur ein Beispiel, wie sie mit viel Engagement und beharrlichem Auftreten das Thema öffentlich machte. Erwähnen muss man in diesem Zusammenhang auch den Fachbereich 2, der unter der Leitung von Herrn Reichentrog und seinem Team zu einem hervorragenden Dialog zwischen Verwaltung und Politik geworden ist.

Kommen wir nun aber zu den ungelösten Problemen und starken Sparzwängen, denen sich auch der JHA ausgesetzt sieht.

Noch immer gibt es große Defizite in der Eingliederungshilfe. Ob Schulbegleitung oder inklusive Betreuung vor Ort; hier kommt die Verwaltung trotz intensiver Gespräche, auch mit Hilfe der Kinderbeauftragten und der Politik, namentlich der SPD, nicht voran. Einige Eltern sahen sich gezwungen, gerichtlich gegen den Kreis vorzugehen, um ihnen zustehende Rechte einzuklagen. Ein Zustand, der unnötig Zeit, Nerven und Geld kostet. Die SPD bleibt hier im Gespräch mit den Beteiligten, um einvernehmliche und pragmatische Lösungen zu erreichen.

In diesem Zusammenhang müssen wir auch im Rahmen der frühen Hilfen über eine Neuordnung der Familienzentren nachdenken. Durch Personalwechsel in der Verwaltung mit nun einer neuen Netzwerkkoordinatorin hat sich schon einiges

verändert. So soll noch früher eine fachliche Begleitung der Familien erfolgen, um evtl. Problemlagen schon in der Entstehung begegnen zu können. Hier ist aber eine bessere Verzahnung trotz regionaler Unterschiede der einzelnen Familienzentren notwendig.

Nun zum leidigen, aber notwendigen Thema Haushalt und Einsparungen

Was bleibt bzw. wollen wir fördern:

Förderung der Jugendarbeit

Frühe Hilfen als ein Gesamtbudget 479 Tsd. €

Renovierung Jugendhaus Lütjensee

Präventionsprojekt psychische Erkrankungen 140 Tsd. € jährlich

Schutzkonzept „Schule gegen sexualisierte Gewalt“ 11.900 € für 2026

Jugendberatung durch die SVS 60 Tsd. €

Wo gekürzt bzw. gestrichen wird.

Nach langen Diskussionen, auch interfraktionell, haben wir uns schweren Herzens entschlossen, die Geschwisterermäßigung von 70 auf 50 % zu reduzieren.

Zitat Verwaltung:

Begründung:

Die Höhe der Geschwisterermäßigung sollte mit der Kita-Reform zum 01.08.2020 in Schleswig-Holstein über § 7 Abs. 1 Kindertagesförderungsgesetz (KiTaG) landeseinheitlich

geregelt werden. Danach beträgt die Ermäßigung die Hälfte des Elternbeitrages (50%) für das zweitälteste Kind sowie 100 % für jüngere Kinder.

Der Kreis Stormarn hat als einziger Kreis in Schleswig-Holstein freiwillig über die Satzung für eine Sozialstaffel für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung eine Ermäßigung von 70% für das zweitälteste Kind gewährt.

Aufgrund der aktuellen Haushaltssituation und den damit verbundenen Zwängen, Einsparungen zu realisieren, wurden alle freiwilligen Leistungen seitens der Verwaltung hinsichtlich der Möglichkeit ihrer Kürzung oder Einstellung, geprüft.

Zum Stichtag 30.06.2025 wären von einer Senkung der Geschwisterermäßigung von 70% auf 50% 3.253 Kinder betroffen. Hierbei handelt es sich ausschließlich um Familien, die keine weiteren Ermäßigungstatbestände, wie Sozialleistungsbezug oder ein geringes Einkommen, aufweisen.

Noch schwieriger waren die Diskussionen über die Fortführung der Zuschüsse OGS.

Hier Zitat Verwaltung:

Begründung:

Ergänzung zur Sitzungsvorlage 2025/5763 – Änderung der Satzung des Kreises Stormarn für eine Sozialstaffel für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung: Einstellung der in § 9 Abs. 2 der Satzung gewährten Geschwisterermäßigung unter Berücksichtigung der in schulischen Betreuungsangeboten geförderten schulpflichtigen Kinder (OGS)

Hier: Berücksichtigung eines Vertrauensschutzes für Beziehende der o.g. Leistung – Ausschluss von Neuanträgen ab 15.10.2025:

Die Vorlage 2025/5763 wird inhaltlich um einen Vertrauensschutz für Familien, deren Kinder bis Stichtag am 31.12.2025 in einer Einrichtung oder Tagespflege betreut wurden und ein Anspruch auf Leistungen nach § 9 Abs. 2 der Satzung aufgrund des Besuches einer OGS durch ältere Kinder besteht, ergänzt. Es ergeben sich keine Änderungen bis zum Ende des Grundschulbesuches des/r in der OGS betreuten Kindes/r. Die Antragstellung für Leistungen nach § 9 Abs. 2 muss bis zum 14.10.2025 erfolgt sein.

Diese Regelung soll sicherstellen, dass Familien, die zum Zeitpunkt der Beschlussfassung Leistungen nach § 9 Abs. 2 der Satzung beziehen, durch die Einstellung der Leistung nicht unverhältnismäßig hohen Mehrbelastungen ausgesetzt werden.

Neuanträge ab 15.10.2025 auf Grundlage von § 9 Abs. 2 der Satzung sollen jedoch nicht mehr möglich sein. Dies führt zu einem stufenweisen Auslaufen der Regelung in § 9 Abs. 4 Satz 2 und 3 bis zum 31.07.2029.

Geschwisterkinder eines Kindes, dass in einer OGS betreut wird, die bis zum 31.12.2025 in einer Einrichtung der Kindertagesbetreuung betreut werden und die Antragstellung auf Leistungen nach § 9 Abs. 2 der Satzung bis zur Beschlussfassung über den Entfall am 14.10.2025 erfolgte, haben somit bis längstens 31.07.2029 Anspruch auf die Ermäßigung nach dieser Norm.

Die SPD konnte zumindest ein langsames „Ausschleichen“ aus dem Anspruch erreichen. Die allgemeine Sozialstaffel und andere Ansprüche aus dem SGB bleiben bestehen. Es wird im Einzelfall zusätzlich „Ermessensentscheidungen“ geben, um Härten zu vermeiden.

Wenn wir alle beschriebenen Projekte/Anträge so durch die Haushaltsberatungen bekommen, können wir zufrieden sein, auch wenn das sozialdemokratische Herz blutet.

Frank Lauterbach
Jugendpolitischer Sprecher

Rechenschaftsbericht Schul-, Kultur- und Sportausschuss (SKSA)
Kulturpolitische Sprecher: Felix Beyersdorff (seit 12/2024)
Weitere Mitglieder (incl. Vertreter): Sigrid Kuhlwein, Friedrich-Eugen Bukow, Franca Boege, Angela Batty, Marion Meyer, Frank Schmalowsky, Jacqueline Malchau, Pia Dietz (bis 12/2024)

In den vergangenen zwei Jahren haben wir uns im Schul-, Kultur- und Sportausschuss mit zahlreichen Themen befasst, die das Bildungs-, Kultur- und Sportleben im Kreis Stormarn prägen.

Schule und Bildung

Ein Schwerpunkt war die Umwandlung der beiden Kreisberufsschulen in Ahrensburg und Bad Oldesloe in Regionale Berufsbildungszentren (RBZ). Der Start erfolgt am 1. Januar 2026. Damit werden die Schulen zu eigenständigen Anstalten öffentlichen Rechts und erhalten mehr Eigenverantwortung sowie die Möglichkeit zu stärkeren Verbindungen zur regionalen Wirtschaft. Wir begleiten die Umsetzung seit Beginn in einer Lenkungsgruppe und werden auch im Verwaltungsrat vertreten sein.

Baulich ist die Berufsschule Bad Oldesloe gut aufgestellt, während das Gebäude in Ahrensburg aus den 1950er-Jahren stammt und erweitert werden muss. Zwei vorliegende Entwürfe für einen Neubau liegen bei rund 100 Millionen Euro. Wegen der Haushaltsslage wird über eine gestufte Umsetzung nach Dringlichkeit beraten.

Auch die Woldenhorn-Schule, Förderschule mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung, bleibt ein Dauerthema. Steigende Schülerzahlen führen zu Raumnot; kurzfristig wurden Containerlösungen geschaffen. Mittelfristig wird eine bauliche Erweiterung oder ein Neubau nötig. Wir stehen hierzu in engem Austausch mit Schulleitung und Elternvertretung.

Bei der Schülerbeförderung konnten durch das Online-Verfahren OLAV und eine optimierte Bustaktung, besonders aus Stormarn-Süd, die Abläufe und Wartezeiten deutlich verbessert werden.

Ein weiteres Projekt ist die Stärkung der Volkshochschulen. Künftig werden deren Angebote über eine gemeinsame Website gebündelt. Zudem hat die SPD im Rahmen der Hansebelt-Kooperation eine Initiative für Dänisch-Sprachkurse angestoßen, für die Mittel und Lehrkräfte bereitgestellt wurden.

Kultur

Die Umsetzung des Kulturentwicklungsplans (KEP) bestimmte auch 2024/25 die Arbeit. Schwerpunkte waren Kulturelle Bildung als Gemeinschaftsaufgabe und Öffentlichkeitsarbeit – mit Fokus auf Demokratie, Zusammenhalt und Nachhaltigkeit. Erfolgreiche Projekte waren die Theaterproduktion „*Der Hoffnungsvogel*“ von Kirsten Boie, das Literatur- und Nachhaltigkeitsprojekt „*Aufwind! – Kreative Brise für Stormarn*“ sowie das Tanzprogramm *tanz.nord*. Insgesamt wurden 27 Projekte im Programm „Kultur und Schule“ und 17 im Programm „Kultur und Kita“ gefördert.

Stormarn nahm erfolgreich am Bundesprogramm Aller.Land teil und stärkte als Teil des Kulturknotenpunkts Südost die kulturelle Vernetzung im ländlichen Raum.

Mit dem Kulturfonds Stormarn konnten kreative und gesellschaftlich relevante Projekte ausgezeichnet werden: 2024 „*Fast Fashion Forward Thinking*“ zur nachhaltigen Mode, 2025 „*KARla*“ – ein mobiler Kultur- und Kreativbus, der Kulturangebote direkt zu den Menschen bringt.

Das Angebot der Fahrbücherei soll mit modernem Fahrzeug aktualisiert werden. Das Projekt wurde beschlossen, jedoch mehrfach verzögert. Wir begleiten es kritisch und setzen uns dafür ein, die Fahrbücherei als kulturellen Ort und niedrigschwelligen Zugang zu Bildung und Kultur im ländlichen Raum zu stärken.

Auch die Zusammenarbeit mit Schloss Reinbek und der Stiftung Schloss Ahrensburg wurde fortgeführt. Der Kreis arbeitet derzeit an einem Zukunftskonzept für Schloss Reinbek.

Sport

Im Sportbereich lag der Fokus neben der allgemeinen Sportförderung auf der Förderung des Schwimmunterrichts. Auf Antrag der SPD wurden bereits 2022 30.000 Euro bereitgestellt und eine Lehrkraft auf Honorarbasis gewonnen. Problematisch bleibt der Mangel an Schwimmhallen und Fachpersonal – hier setzen wir uns für tragfähige Lösungen und bessere Koordination ein.

Felix Beyersdorff

Kulturpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion

Rechenschaftsbericht Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA)
Sozialpolitische Sprecherin Marion Meyer, Stellvertreterin: Franca Boege
Weitere Mitglieder (incl. Vertreter): Torben Hermann, Felix Beyersdorff, Ricardo Doorentz, Frank Lauterbach, Ralph Weimann, Frank Schmalowsky

Grundsätzliches

Der SGA hat seit Übernahme des Ausschussvorsitzes erst einmal grundsätzliche Fragen und Prozesse in Frage gestellt.

Dazu gehörte die unübersichtliche Anhäufung von Einrichtungen die vielfach das gleiche bearbeiten mit unterschiedlichen Ansätzen und Kosten. Es geht hierbei nicht darum Einrichtungen zu schließen, sondern zu verbinden und doppelte Strukturen besser zu ordnen, um kosteneffizienter zu arbeiten.

Daraufhin wurden die Fachbereiche alle angehalten ihre Strukturen und Kosten anzusehen, um Einsparungen und Effizienz zu erreichen und „Karteileichen“ zu bereinigen.

Durch den finanziellen Engpass im Kreis war dies einerseits notwendig geworden, vieles ist aber einfach auch veraltet durch gängige Praxis.

Dem SGA ist es gelungen die Einrichtungen weiterhin mit seinen freiwilligen Förderungen zu erhalten und auch KIBIS wieder einzugliedern in die freiwillige Förderung. Diesen Standard versuchen wir nun zu halten trotz der immensen Kosten und dem Sparansatz im Kreis, weil wir die Förderung im sozialen Bereich für das wichtigste halten und wir uns hier das Sparen einfach nicht leisten können.

Themenbereiche:

Digitalisierung des Fachbereiches:

Dazu gab es Sachstandsberichte, in denen die gute und schon fortgeschrittene Arbeit des Digitalen Gesundheitsamtes erläutert wurde.

Gesundheitsamt:

Mehrere pflichtige Aufgaben wurden in den letzten Jahren nicht bearbeitet oder nur unvollständig durchgeführt. Diese Lücke zwischen gesetzlicher Vorgabe und tatsächlicher Umsetzung im Gesundheitsamt muss noch weiter geschlossen werden.

- hochqualifiziertes Personal wurde eingestellt und gehalten.
 - Multiprofessionalität steigend
 - Alle Arbeitsprozesse werden jährlich auf den Prüfstand gestellt und angepasst.
 - Interkommunale Zusammenarbeit wird vorangetrieben
 - Der FD 33 arbeitet nachweislich Jahr für Jahr effizienter und effektiver
 - Personalmindestausstattung noch nicht erreicht. Notwendig: Befristete Stellenanteile entfristen
 - Personalausfälle bei AU und Mutterschutz bzw. Elternzeit sind nur bedingt kompensierbar
 - Weitere Herausforderungen:
 - Klimakrise (Klima- und Hitzeschutzplan) → Pandemieplan communal
 - Zunahme der Bevölkerung mit niedrigem Sozialstatus, Sprachbarriere
 - Aufgabenzuwachs aufgrund neuer gesetzl. Vorgaben
- Das Gesundheitsamt Stormarn hat Krisen Resilienz noch nicht erreicht

Einschulungsuntersuchung:

Nachdem die erste Meldung der fehlenden Ärzte, als Erklärung für die mangelhafte Zahl von 75% als Schnitt der zur Einschulungsuntersuchung bei Kindern in Stormarn, nun als falsch deklariert wurde, fehlen nun MTAs. Es wird aber eine neue Lösung für die

Kooperation mit Kinderärzten oder durch Aufnahme des Plöner Modells nachgedacht diesen Missstand zu beheben, hier wird es demnächst dann einen neuen Sachstand geben, das Problem ist aber erkannt.

Psychotherapien:

Wir haben im Kreis momentan eine Wartezeit von 5 Monaten bis zum Therapiebeginn für Kinder, hier würde die Verortung der Sengelmann-Kliniken in Bad Oldesloe eine große Entlastung darstellen. Die Verwaltung ist deshalb aufgerufen die Sengelmann-Kliniken zu unterstützen, um eine bessere Versorgung der Psychotherapien zu gewährleisten. Im Erwachsenenbereich sieht es leider nicht anders aus, hier können wir seitens des Kreises momentan nichts erreichen.

Pflegeheime:

Dieser Bereich muss erneut abgefragt werden, da zwischenzeitlich unterschiedliche Informationen bereitgestellt wurden, dazu warten wir den nächsten offiziellen Termin mit den Pflegeeinrichtungen ab, hierzu wird der Ausschuss geladen.

Anträge:

Aufgrund der momentanen Situation im Kreis, Überprüfung und Erneuerung, hat die SPD mit der FDP einen gemeinsamen Antrag der FB 2+3 zum Erstellen von Förderrichtlinien gestellt. Diese FR soll den Prozess vereinfachen, für die Antragssteller schnell auffindbar und maßgebend sein. Der später dazukommende Vordruck für Anträge auf der Website des Kreises macht das Handling damit rund und vereinfacht Abläufe, den Anschub dazu hat der SGA gegeben und freut sich über das Aufgreifen und die Umsetzung durch den Fachbereich 3.

Anfragen:

Seitens der SPD wurde eine Anfrage an den FB 35 gestellt, dieser betrifft die Eingliederungshilfe und deren Zahlen und Ergebnisse. Wird nachgeliefert.

Marion Meyer
Sozialpolitische Sprecherin

Rechenschaftsbericht Verkehrsausschuss (VA)

Verkehrspolitischer Sprecher: Torben Hermann

Weitere Mitglieder (incl. Vertreter*innen): Felix Beyersdorff, Jacqueline Malchau, Friedrich-Eugen Bukow, Franca Boege, Robert Wuschke, Angela Batty, Frank Schmalowsky, Christoph Schoer (bis 12/24)

In den letzten zwei Jahren konnten wir gute Ideen durchsetzen und den ÖPNV sowie Verkehrsangelegenheiten in Stormarn verbessern und mitgestalten. Allerdings merken auch wir im Jahr 2025 die angespannte Haushaltslage, weswegen der SPD-Arbeitskreis Verkehr und wir als SPD-Fraktion im Verkehrsausschuss nicht mehr alle unsere Anträge und Vorschläge durchsetzen können. Trotzdem blicken wir auf einige Erfolge zurück und werden in Zukunft auch weiterhin dafür kämpfen, dass es möglichst wenig Einsparungen gibt um weiterhin einen verlässlichen ÖPNV sowie intakte Straßen und Radwege in Stormarn zu ermöglichen.

Öffentlicher-Personen-Nahverkehr

- Ab 2026 gibt es einen neuen Verkehrsvertrag für das Liniennetz in Südstormarn. In Zukunft soll es einen festen E-Mobilitätsanteil von 65% geben. Für unseren Antrag, diesen auf mindestens 80% festzulegen gab es leider keine Mehrheit, immerhin konnten wir aber einen geringeren Anteil unter 65% verhindern.
- Auch durch Einsatz der SPD wird das Projekt hvv hop in Brunsbek-Trittau fortgeführt. Das Bediengebiet wurde um die Gemeinden Siek und Braak (ohne Gewerbegebiete) sowie Grönwohld erweitert. Unser Vorschlag auch Hoisdorf mit ins Bediengebiet aufzunehmen hatte leider keine Mehrheit gefunden. Auch ein SPD-Antrag zur Komfortzuschlagsbefreiung für Zeitkarteninhaber*innen wurde durch die Mehrheit der anderen Fraktionen abgelehnt. Somit fallen für die Nutzung von hvv hop in Zukunft zusätzliche Kosten an.
- Unserem Antrag zur Finanzierung des hvv hop in Ahrensburg ab 2025 wurde leider nicht zugestimmt und somit wurde das Angebot des On-Demand Shuttle zum 15.12.2024 in Ahrensburg eingestellt
- Für eine Wochenendbedienung im Angebot des Anruf-Sammeltaxis in Nordstormarn wurden nach Antrag der SPD für zusätzliche Mittel in Höhe von 150.000€ zur Verfügung gestellt. Seit dem 2. Halbjahr 2025 gibt es deswegen jetzt eine neue Wochenendbedienung in Reinfeld und Umland, sowie eine neue Bedienung am Sonntag in Bad Oldesloe und Umland.
- Es gibt Angebotserweiterung folgender Linien
 - Fortführung des Stadtverkehr Bargteheide zum Fahrplanwechsel Dezember 2024 um mindestens zwei weitere Jahre
 - Linie 462 Anbindung des Gewerbegebietes Stapelfeld/Braak (zum Fahrplanwechsel Dezember 2023)
 - Linie 374 Bargteheide-Poppenbüttel am Wochenende und in den Randzeiten (zum Fahrplanwechsel Dezember 2024). Auf Antrag der SPD weitere Erweiterung um zusätzlich ein Fahrtenpaar am Wochenende 23.19 Uhr ab Bargteheide und 00.02 Uhr ab Poppenbüttel und zwei Fahrtenpaare Mo-Fr 22.19 Uhr/23.19 Uhr ab Bargteheide und 23.02 Uhr/00.02 Uhr ab Poppenbüttel
 - Linie 8106 (Verbindung Bargteheide Bahnhof mit dem Gewerbegebiet) Finanzierung Halbstundentakt für weitere 2 Jahre verlängert (bis Ende 2026)
 - Linie 536 (Glinde, Angebot zur Anbindung des Gewerbegebiets Wilhelm-Bergner-Str.) Finanzierung für weitere 2 Jahre verlängert (bis Ende 2026)
- Im Juli 2025 wurden auf dem Gelände der Autokraft in Bad Oldesloe die ersten fünf Elektrobusse für den regulären Linienbetrieb im Kreis Stormarn vorgestellt. Wir begrüßen diese Investition in einen zukunftsfähigen und klimafreundlichen ÖPNV. Zudem wurde zwei neue Kleinbusse für den AST-Verkehr in Betrieb genommen.
- Die Haltestelle Trittau Vorburg wurde im Rahmen des Projekts ÖVer.KAnt erneuert und zur Schwerpunktthaltestelle ausgebaut
- Aufgrund anhaltenden Personalmangels kam es 2023/2024 zu zahlreichen Busausfällen im Kreis Stormarn. Zur Stabilisierung des Angebots wurde durch die Firma Autokraft ein „Stabilisierungsfahrplan“ eingeführt, um insbesondere den Schülerverkehr zu sichern. Zusätzlich wurde eine neue App („Linien-Ticker“) eingeführt, über die Fahrtausfälle nun in Echtzeit gemeldet werden.

Schüler*innenbeförderung

- Seit den Sommerferien 2023 gibt es Verbesserungen der Schülerbeförderung zur Berufsschule Ahrensburg (Linie 776) in das südliche Kreisgebiet durch verbesserte Taktungen
- Die Schülerbeförderung wurde 2024 angepasst und die komplizierten und teilweise unfaire Kilometergrenzen außerorts wurden gestrichen. So erhalten zusätzliche ca. 1.100 Schüler*innen eine kostenlose Schülerbeförderung in Form eines Deutschlandtickets.
- Schüler*innen, die keinen Anspruch auf ein kostenlose Schülerbeförderung haben, können seit dem Schuljahr 2024/2025 das Deutschland-Ticket in Form eines Bildungstickets mit einem Kreiszuschuss von 20€ pro Monat erwerben.

Straßen- und Radverkehr

- Die neue Richtlinie für Zuwendungen im Rahmen von der „Förderung des Ausbaus der Radinfrastruktur im Kreis Stormarn“ ist in Kraft getreten und es wurden folgende Projekte beantragt und gefördert:
 - Ahrensburg: Errichtung von Mobilitätsstationen (2023)
 - Ammersbek: Errichtung eines Radweges in der Ohlstedter Straße (2023)
 - Pöllitz: Neubau Radweg an der L90 zwischen Pöllitz in Bad Oldesloe (2023)
 - Stadt Reinbek – Errichtung Querungshilfe (2024)
 - Wesenberg – Errichtung eine Beleuchtung Radweg B75 (2024)
 - Stadt Reinbek, Kreisstraße 26 sowie Landesstraße 223, Beleuchtungsanlagen für Radverkehr (2025)
 - Gemeinde Klein Wesenberg, Kreisstraße 71, Beleuchtungsanlagen für Radverkehr
 - Stadt Bad Oldesloe, Erneuerung und Sanierung Fahrradbügel im Stadtgebiet
 - Stadt Reinbek, Landesstraße 223, Beleuchtungslagen für Radverkehr
 - Gemeinde Trittau, Kreisstraße 30, Beleuchtungsanlagen für Radverkehr (2025)
 - Gemeinde Barsbüttel, Stellauer Weg, Grabenverrohrung u. Neubau Radverkehrsanlage (2025)
- Auch auf Hinweis der SPD konnte ein Tempolimit auf 70km/h für die Kreisstraße 110 zwischen Elmenhorst und Scheidekate erwirkt werden
- Im fortlaufenden Bauprogramm werden zudem die aktuellen geplanten Erneuerungen und Sanierungen der Kreisstraßen aufgezeigt und beschlossen. Hier setzen wir uns als SPD-Fraktion für notwendige Sanierungen und neue Fahrradwege ein, dessen Bedarf im neuen Radverkehrskonzept festgestellt wurden.

Ausblick:

Am 25.11. Um 18:30 haben wir eine Besichtigung bei der Autokraft geplant. Meldet Euch gerne bei uns, wenn ihr dabei sein wollt.

Außerdem könnt ihr euch mit Anregungen und Ideen gerne an uns wenden. Wie ihr lesen konntet, konnten wir einige Anregungen und Wünsche auch direkt umsetzen.

Torben Hermann
Verkehrspolitischer Sprecher

Rechenschaftsbericht Wirtschafts-, Planungs- und Bauausschuss (WPBA)

Wirtschaftspolitischer Sprecher: Friedrich-Eugen Bukow

Weitere Mitglieder (incl. Vertreter): Jörn John, Frank Schmalowsky, Marion Meyer, Felix Beyersdorff, Angela Batty, Robert Wuschke

Bauen:

Berufsschulen und Woldenhorn-Schule

Die Erweiterung der Berufsschule Bad Oldesloe konnte abgeschlossen werden, auch der Sportplatz und damit verbundene neue Anlagen sind im Betrieb (und schon beschädigt). Der Parkplatz der Schule wurde überarbeitet, die Schule ist mit der Erweiterung durchaus glücklich.

In Ahrensburg wurden, wann immer erforderlich, erhebliche Investitionen in neue Technik und neue Maschinen finanziert, dort ist die Lage aber räumlich schwierig. Seit geraumer Zeit beraten Schule und Kreis über Möglichkeiten und Erfordernisse einer Erweiterung bzw. eines (teilweisen) Neubaus. Dazu wurden in diesem Herbst erste alternative Planungen und damit verbunden Kostenabschätzungen vorgelegt. Angesichts eines dreistelligen Volumens wird eine schrittweise Klärung der räumlichen Möglichkeiten mit der Stadt Ahrensburg der nächste Schritt werden.

Die neue Verfasstheit der beruflichen Schulen des Kreises als „RBZ“ wird im Übrigen nichts daran ändern, dass der Kreis die bauliche Ausstattung der Schulen darzustellen hat und dazu auch unverändert steht.

Die Woldenhornschule (Ahrensburg) hat – wie die Berufsschule – seit geraumer Zeit den Wunsch und den Bedarf an mehr Klassenräumen, auch hier wird über die Entwicklungsmöglichkeiten für die Schule und den Standort durch den Kreis nachgedacht, aktuell wird eine temporäre Lösung realisiert.

Integrierte Regionalleitstelle Süd

Die neue Leitstelle am Rande von Bad Oldesloe konnte im Sommer 2025 wie geplant in den 24/7- Betrieb gehen, sie ist nicht unmäßig teurer geworden, wird sehr hohen technischen und baulichen Standards gerecht, bietet vielfach mit Neid gesehene Arbeitsplätze und, vor allem, sie funktioniert!

Die freigezogenen Räume im Hochhaus der Kreisverwaltung werden bereits durch den Kreis ~~an~~ genutzt. Die Kosten des hochtechnischen Neubaus muss der Kreis nicht allein stemmen, es beteiligen sich die anderen Kreise und die Krankenkassen an den Kosten.

Katastrophenschutz-Zentren und Rettungswachen:

Das Katastrophenschutzzentrum Hammoor ist in Betrieb, auch dies ist ein sehr gut ausgestatteter Bau. Eine Erweiterung wird vorbereitet, denn bedingt durch veränderte Rahmenbedingungen werden weitere, witterungsgeschützte Stellplätze für weitere dem Katastrophenschutz durch das Land zugeordnete Fahrzeuge benötigt. Und noch mehr

Stellplätze für diesen Zweck werden für den Kreis im Rahmen eines größeren kommunalen Bauvorhabens im „Südkreis“ errichtet werden.

Zugleich ist inzwischen klar, dass auch die Rettungswachen im Kreis sanierungs- bzw. erneuerungs- und erweiterungsbedürftig sind, der Kreis hat die Auswahl der Standorte soweit abgeschlossen und bereitet die nächsten Schritte vor, hier ist beabsichtigt, Bauplanung, Durchführung und Finanzierung als Projekt zu unternehmen, um den Kreis wirtschaftlich und personell zu entlasten.

Kreisgebäude

Bevor weitere Kupferdiebstähle zu weiterer Aufmerksamkeit führen, wird hoffentlich der vorgesehene Abbruch des alten Amtsgebäudes in der Mewesstrasse stattfinden. Der Ersatz des Gebäudes durch einen Neubau ist beschlossene Sache und wird umgesetzt. Die Planung führt zu einer deutlich besseren Auslastung des Grundstücks, mehr und besseren Arbeitsplätzen und zu einem freundlicheren Erscheinungsbild in der Straße.

Die Gebäude des Kreises werden insgesamt sehr sorgfältig gepflegt, unterhalten und sind ~~beis~~ - soweit möglich - auf einen schonenden Umgang mit Ressourcen eingerichtet, da der Kreis seit fast 30 Jahren ein entsprechendes Programm umgesetzt hat und umsetzt. Der Kreis hat aktuell sein Klimaschutzprogramm vor dem Hintergrund der dramatischen Verschlechterung der finanzwirtschaftlichen Aussichten daher temporär ausgesetzt: Begonnene Vorhaben werden zu Ende geführt, neue Projekte aus dem Klimaschutzprogramm werden nicht begonnen, wenn ihr finanzieller Nutzen für den Kreis nicht überwiegt.

Wohnen:

Bündnis für bezahlbare Wohnen

Als Alternative für die von den Kommunen abgelehnte Wohnungsbaugesellschaft des Kreises wurde 2018 das „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ gegründet, in dem die meisten Kommunen des Kreises Mitglieder geworden sind. Aus der Wirtschaft konnten acht namhafte Baufirmen als Mitglieder gewonnen werden. Der Kreis hat als Anlaufpunkt eine Geschäftsstelle eingerichtet. Auch eine erneute Einladung des Kreises an die Gemeinden zu einem Gesprächskreis (ein- bis zweimal im Jahr) zu diesem Thema wurde von den Gemeinden nicht angenommen.

In den vergangenen Jahren haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen tatsächlich dramatisch verändert: Die Niedrigzinsphase ist vorbei, die Baupreise, die technische

Anforderungen im Neu- wie im Umbau von Gebäuden für Wohnzwecke und in der Folge die Preise der Gebäudeausrüstung sind drastisch gestiegen, Lohnkosten und Knappheit an Arbeitskräften tragen zu den Kosten bei. Daraus ergeben sich damit rechnerische Mieten, die von „normalen“ Mietern nicht getragen werden (können). Wohnungsbau findet dennoch weiterhin statt, allerdings inzwischen auf Grund erheblich verstärkter und erweiterter Förderung durch Bund und Land, auch wieder – und zwar zunehmend – im „sozialen Wohnungsbau“.

Das mildert allenfalls graduell das Problem „fehlender Wohnraum zu bezahlbaren (!) Mieten“. Es bleiben (viele) Probleme: Privater Mietwohnungsbau ohne Förderung ist

inzwischen eher die Ausnahme, der Bau von Eigentumsobjekten (Wohnungen) ist nur am preislich „oberen“ Rand des Marktes noch zu sehen.

Kommunal ist das zentrale Problem fehlende bebaubare Grundstücke (Grundstücke mit Baurecht). Nur langsam setzt sich in den Kommunen die Erkenntnis durch, dass Bauland auch dann bereitgestellt werden sollte, wenn alle bisherigen Bürger eine Wohnung bzw. ein Haus besitzen. Junge Familien mit Kindern finden sonst keinen Wohnort.

Planen:

Regionalplanung

In den vergangenen Jahren haben sich nicht nur die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau verändert, sondern - vor dem Hintergrund der russischen Aggression gegenüber der Ukraine – auch für unsere Wirtschaft, für die Wirtschaft in Europa. Die Außenwirtschaftspolitik der USA verschärft diesen Effekt. Wir müssen energiewirtschaftlich tradierte Nutzungen und Versorgungswege unerwartet schnell überprüfen und ebenso schnell verändern.

Im Planungsrecht, das bei uns schon zuvor (zu) komplex, (zu) anspruchsvoll und (zu) teuer war, waren die Wirkungen besonders deutlich zu spüren. Und unsere Mehrstufigkeit des Staatssystem (Bund/Land/Kommune) erschwert schnelle Veränderungen. Umso ärgerlicher ist es, wenn eine Regionalplanung, wenn eine Landesentwicklungsplanung diese veränderten Rahmenbedingungen nicht zur Kenntnis nimmt! Der Bundesgesetzgeber hat mit einem brachialen Eingriff in das Baurecht die Möglichkeiten geschaffen, Photovoltaik entlang der Magistralen von Straße und Schiene zur Energiegewinnung zu nutzen, aber das Land ignoriert nicht nur die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, es erschwert in der Regionalplanung, unter Zuhilfenahme der Landesentwicklungsplanung, alle Versuche, den veränderten Bedingungen zu entsprechen.

Dabei gebe es mehr als einen Grund, hier mit sinnvollen Modifikationen der Regelwerke (Konflikte mit Ausgleichsbedarfen für den Naturschutz, Konflikte auf Grund der flächigen Ausweisung von Grünzügen, Selbstversorgung im Außenbereich) zu reagieren, bevor Gerichte dazu zwingen. Die Stellungnahmen der Kommunen, des Kreises, einzelner Personen: sprichwörtlich für die Katz, vergebens, umsonst.

Es geht dabei nicht nur um Photovoltaik, auch für die Nutzung der Windenergie hat der Bundesgesetzgeber temporäre „Schneisen“ geschlagen, die das Land so schnell wie möglich zu schließen sucht. Auch dabei geht es darum, der kommunale Ebene Flexibilität zu nehmen, die der Bundesgesetzgeber geschaffen hatte.

Das Anliegen des Kreises und der Gemeinden Stormarns, der Wirtschaft Entwicklung und Anpassung zu ermöglichen, Arbeitsplätze zu halten und zu schaffen, die Integration Nord-Europas mit Europa via Hansebelt und den darin bestehenden Magistralen zu erleichtern wird nicht wirklich angenommen, Teile von Stormarn werden durch Art der planerischen Ausweisung von Grünzügen praktisch eingemauert, trotz des wiederholten Protestes der Gemeinden ist ein Eingehen auf die Bedarfe der Gemeinden nicht wahrnehmbar.

Wirtschaft:

Wir sprechen mit allen, die mit uns sprechen mögen. Wir sprechen natürlich mit dem DGB Stormarn, wir sprechen mit dem Handwerk, mit dem Bauerverband... Wir sprechen auch mit Unternehmern und Unternehmen. Wir hören zu und wir helfen, wenn wir können. Und wir bekommen viel zu hören (selten Lob).

Als einer der Gewährsträger der Sparkasse Holstein sind wir mittelbar wirtschaftlich aktiv. Aber: ausschließlich mittelbar... der Kreis ist in diesem Bereich kein „Akteur“. Es sei denn, s. o. Wohnungsbau, Regionalplanung, Entwicklung der Berufsschulen im Kreis. Unsere Wirkung ist tatsächlich arg beschränkt.

Tourismus

Das Tourismusmanagement wurde 2014 an die HLMS (Herzogtum Lauenburg Marketing- und Servicegesellschaft) des Kreis Herzogtum Lauenburg angegliedert, was den Vorteil der Arbeit in einer bestehenden Struktur und Fachkompetenz bietet. Das Modell hat allerdings weniger geleistet als erwartet, der Effekt für Stormarn ist nicht ohne Weiteres messbar. Der Kreis prüft, auf welchem Wege mit welchen Mitteln der Kreis sich in Zukunft engagieren sollte.

WAS

Schon sehr lange aber nutzt der Kreis Wirtschaftsförderungsinstrumente wie die Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn (WAS) sie bietet. Damit helfen wir den Städten und den Gemeinden im Kreis, die diese Unterstützung wünschen und die sich in solchen Projekten engagieren, um Unternehmen anzusiedeln, Arbeitsplätze zu schaffen, indem wir Flächen für diese Zwecke beschaffen, entsprechende B-Pläne mitentwickeln, diese Flächen optimiert einzusetzen helfen. Eine kleine Gesellschaft mit sehr großer Wirkung.

Wenn es sich ergibt, hilft die WAS auch dabei ältere Gewerbegebiete zu erneuern, revitalisieren. Voraussetzung ist allerdings, dass nicht nur kommunale Ebene es wünscht und mitgeht, sondern auch, dass das Land den wirtschaftlichen und geographischen Bedingungen Rechnung trägt und mithilft, s. o. (Regionalplanung).

Die Gesellschaft hat inzwischen auch auf Wunsch des Kreises einen neuen rechtlichen Rahmen erhalten, der ihr mehr Beweglichkeit gibt und zu den veränderten Rahmenbedingungen und dem erweiterten Aufgabengebiet passt.

Ein besonders dem Kreis und der WAS wichtiges, neues Projekt ist das in Angriff genommene Innovations- und Gründerzentrum in Ahrensburg, in dem die WAS einen Kristallisierungspunkt für neue, innovative Unternehmen, für Start-Ups und Spin-offs schaffen will, damit neues Wissen und neue Techniken in der Region nicht nur entstehen, sondern sich entwickeln und festigen können, zu Unternehmen wachsen können. Dieses Projekt kann ein Wegweiser, ein Signal, ein Leuchtturm für Stormarns zukünftige Entwicklung werden.

Friedrich-Eugen Bukow

Wirtschaftspolitischer Sprecher

Rechenschaftsbericht Ordnungsausschuss (OA)

Sprecherin: Jennifer Wlost

**Weitere Mitglieder (inkl. Vertreter:innen): Marc Gläveke (seit 06/23),
Gerd Prüfer (bis 06/24) Robert Wuschke (seit 03/24), Frank
Schmalowsky (seit 06/23), René Wendland (seit 06/23), Torben
Hermann (seit 06/23), Jörn John (seit 06/23), Marion Meyer (seit 06/23),
Friedrich-Eugen Bukow (seit 06/23)**

Der Ordnungsausschuss ist ein neuer Ausschuss und legte 2023 Schwerpunkte auf den Rettungsdienst und die Gefahrenabwehr sowie Verkehrsüberwachung, es wurden ihm also einige Kompetenzen vom SGA und VA übertragen.

2023 standen Weichenstellungen im Rettungsdienst und Katastrophenschutz im Vordergrund: Der OA billigte die Fortschreibung des Rettungsmittelbedarfplans – inkl. zusätzlicher 215 Wochenstunden, vor allem für KTW, sowie der Planung eines weiteren KTW-Standorts Barsbüttel – und bekannte sich zur überarbeiteten Eckpunktevereinbarung des Rettungsdienstes (u. a. neue 75/25-Kostenverteilung für die IRLS). Zudem wurde die Übernahme des digitalen Alarmierungsnetzes Ostholstein per öffentlich-rechtlichem Vertrag beschlossen und die Umstellung auf Express-Alarmierung abgeschlossen.

Die Aufgabenübertragung an die Rettungsdienst Stormarn gGmbH wurde nach Anpassungen (Streichung § 4 Punkt 3) abschließend beschlossen. Im Katastrophenschutz stellte der Ausschuss den Bedarf von 20 Stellplätzen und einer 850 m²-Lagerhalle im Südkreis fest und gab Vorplanungen frei. Zusätzlich stärkte der OA die ehrenamtliche Infrastruktur (Social-Media-Kampagne Feuerwehr; Einsatzkleidung First Responder) und setzte die Haushalte 2024 für Ordnung, Brandschutz, Rettungsdienst und KatS einstimmig auf.

Auf unseren Antrag hin wurden außerdem 5.000€ für eine Mitgliederwerbekampagne der Kreisfeuerwehr genehmigt.

2024 prägten die IRLS-Modernisierung, Standortsicherungen und Digitalisierung den Ausschuss:

Der Neubau der IRLS Süd kam planmäßig voran, parallel wurde ein Prüfbericht des RPA beraten. Die zusätzlichen Rettungswachen in Bargteheide, Barsbüttel und Trittau wurden als Standorte beschlossen; die weitere Planung läuft. Der Kreis startete die KatS-Helfergewinnung „Mach Dich stark für Stormarn“ und setzte das Sirenenförderprogramm sowie Notfallinformationspunkte (Sammelbeschaffung; 82 Tsd. € Landesmittel zur Weiterleitung) um.

Verwaltungsmodernisierung:

i-Kfz Stufe 4 ging am 17.01. in den Live-Betrieb (Gebühr 16,70 €); die Online-Anhörung der Bußgeldstelle wird bereits von ca. 25–30 % genutzt. Außerdem passte der Kreistag die Organisationssatzung der ZSR AöR an und der OA nahm den Wirtschaftsplan 2025 zur Kenntnis; für Tragehilfen der Feuerwehren wurden 10–12 Tsd. € bereitgestellt. Bis September 2025 setzte der OA die Vorhaben konsequent fort: Für die Rettungswachen bestätigte der Ausschuss das Raumkonzept (inkl.

Stellplätze/Funktionsflächen). In der IRLS liefen ab Februar Schulungen für die neue Technik, die Umschaltung der 112 war für April vorgesehen. In Ahrensburg wird eine kombinierte Rotlicht-/Geschwindigkeitsüberwachungsanlage realisiert; nach Standortprüfung wird ein Alternativstandort verfolgt und die Beschaffung vorbereitet.

Der Einsatz eines Enforcement-Trailers bleibt wegen fehlender LPA-Auswertungskapazitäten und zusätzlichem Personalbedarf beim Kreis einstweilen ausgesetzt. Im Katastrophenschutz wurden Kostensteigerungen und Lieferverzögerungen bei Fahrzeugen gemanagt; die Großübung „Zugvogel“ fand am 07.09.2025 in Hamburg-Bergedorf statt, Nachbesprechung und wissenschaftliche Auswertung sind angestoßen. Im Rettungsdienst berichtete die RVS u. a. über einen Wasserschaden mit Schimmelbefall in der Rettungswache Bad Oldesloe (Verhandlungen mit Kostenträgern laufen).

Ein funktionierender Rettungsdienst sowie ein starkes Ehrenamt in allen Bereichen, sei es Feuerwehr, Katastrophenschutz, etc. werden unter Anderem unsere Prioritäten bleiben.

Jennifer Wlost
Ordnungspolitische Sprecherin

Bad Oldesloe, 24.10.2025

Für die Fraktion:



Frank Schmalowsky
Fraktionsvorsitzender

Mitglieder der Fraktion:**Abgeordnete:**

Angela Batty
Felix Beyersdorff
Franca Boege
Friedrich-Eugen Bukow
Ricardo Doorentz
Torben Hermann
Jörn John
Frank Lauterbach
Jaqueline Malchau
Marion Meyer
Frank Schmalowsky
René Wendland
Jennifer Wlost

Wählbare Bürger:innen:

Marc Gläveke
Sigrid Kuhlwein
Ralph Weimann

Fraktionsvorstand:

Frank Schmalowsky, Fraktionsvorsitzender
René Wendland, 1. stlv. Fraktionsvorsitzender
Angela Batty, 2. stlv. Fraktionsvorsitzende
Friedrich-Eugen Bukow, Schatzmeister
Torben Hermann, Fraktionsgeschäftsführer
Jaqueline Malchau, AK Medien
Franca Boege, Beisitzerin